

Stärkung der Wachstumskräfte durch räumliche und sektorale Fokussierung von Landesmitteln

Stärkung der Regionalen Wachstumskerne

Achter Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Aufbau Ost
zur Sitzung der Landesregierung am 15. Dezember 2009

I. Einleitung

Das Kabinett hat die Interministerielle Arbeitsgruppe Aufbau Ost (IMAG) am 02. Dezember 2008 anlässlich seiner Beschlussfassung zum Siebenten Bericht „Stärkung der Wachstumskräfte durch räumliche und sektorale Fokussierung von Landesmitteln“ beauftragt, bis Ende 2009 über den Stand der Umsetzung der seit 2005 beschlossenen Maßnahmen für die Regionalen Wachstumskerne (RWK) zu berichten und – auf der Grundlage der Standortentwicklungskonzepte der RWK – Vorschläge für weitere Unterstützungsmaßnahmen zu unterbreiten.

Dieser Bericht dient der Umsetzung des Kabinettauftrages.

Ziel der besonderen Unterstützung der RWK seitens der Landesregierung bleibt es, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den RWK nachhaltig zu stärken, um dadurch höhere Wachstumseffekte zu erreichen, Arbeitsplätze zu schaffen, Investoren attraktivere Standorte zu bieten und die Ausstrahlungsfunktion der RWK auf ihr Umland weiter zu verbessern. Es geht in erster Linie um die Stärkung der überregionalen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potenziale. Knapper werdende Mittel sollen effizienter eingesetzt werden.

Die diesjährige Gesprächsrunde der IMAG mit den RWK fand im September/Oktober 2009 und damit am Ende der Legislaturperiode statt, in der die Neuausrichtung der Förderpolitik in Brandenburg entschieden und eingeleitet wurde. Die Konzentration von Fördermitteln auf RWK als entscheidender Baustein der regionalen Komponente der Neuausrichtung der Förderpolitik war für die Landesregierung der 4. Legislaturperiode eines ihrer zentralen Vorhaben. Dies war für die IMAG Anlass, die Gespräche mit den RWK auch zu einer ersten Zwischenbilanz zu den bisherigen Ergebnissen des RWK-Prozesses zu nutzen.

In den Gesprächen vertraten die RWK die Auffassung - von unterschiedlichen Bewertungen im Detail abgesehen - dass die Neuausrichtung der Förderpolitik landesweit anerkannt werde, und bestätigten damit die positive Einschätzung der IMAG. Aus Sicht der RWK habe der RWK-Prozess maßgeblich zu einer stärker strategisch ausgerichteten Arbeitsweise der Städte und Gemeinden beigetragen. Ausgehend von den Standortentwicklungskonzepten sind in den RWK systematisch Maßnahmen abgeleitet worden, die zur integrierten Standortentwicklung und zur Stärkung des Profils des jeweiligen RWK beigetragen haben. Während in den ersten Gesprächsrunden von den RWK nahezu ausschließlich klassische Infrastrukturvorhaben vorgeschlagen wurden, ist auch in diesem Jahr eine weitere Zunahme des Spektrums an Maßnahmen im Sinne einer ganzheitlichen Standortentwicklung zu beobachten. Dies geht einher mit einer immer stärkeren Verzahnung der verschiedenen Politikfelder – sowohl auf Ebene der RWK als auch auf Ebene der Ressorts der Landesregierung. Nahezu alle RWK haben den Eindruck der IMAG bestätigt, dass sich mit der Neuausrichtung der Förderpolitik auch die Außenwahrnehmung des Landes Brandenburgs verbessert hat. Die RWK setzen nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ihren Status auch immer stärker für Marketingzwecke ein. Aus Sicht der RWK ist eine zukünftig noch stärkere Unterstützung durch die Landesregierung wünschenswert.

Insgesamt stimmten RWK und IMAG darin überein, dass die Zusammenarbeit im Berichtszeitraum weiter an Qualität gewonnen hat. Dies betrifft sowohl die Zusammenarbeit zwischen den RWK und der IMAG, insbesondere aber auch die Zusammenarbeit zwischen den RWK und einzelnen Fachressorts sowie deren nachgeordneten Bereichen.

Im Folgenden wird zunächst auf das Verfahren zur Erstellung des 8. Berichts der IMAG an die Landesregierung eingegangen. Dann werden die wichtigsten Inhalte der diesjährigen RWK-Gespräche dargestellt. Im Anschluss folgt eine Erläuterung der in den Gesprächen der IMAG mit den RWK in 2009 aufgerufenen Maßnahmen. Der aktuelle Stand der besprochenen Maßnahmen sowie Vorschläge für neue prioritäre Maßnahmen werden in den Anlagen zum 8. Bericht ausgewiesen.

II. Verfahren

Die RWK sind im Frühjahr 2009 aufgefordert worden, der IMAG bis zum 15. Juni 2009 über den Sachstand der Umsetzung der seit 2005 beschlossenen Maßnahmen zu berichten sowie gegebenenfalls Vorschläge für weitere prioritäre Maßnahmen zu unterbreiten. Alle RWK haben entsprechende Statusberichte vorgelegt, die meisten RWK schlugen auch neue Maßnahmen vor.

Um die Vorbereitung aller Beteiligten zu vereinfachen und die Diskussion besser zu strukturieren, hat die IMAG im Vorfeld der Gespräche sog. Erfassungsbögen für die Maßnahmen der RWK entwickelt. Nach der damit vorgegebenen Struktur werden sowohl beschlossene, als auch offene und neue Maßnahmen einheitlich dargestellt. Nach Einschätzung der IMAG aber auch der RWK hat sich dadurch der Aufwand verringert. Gerade für die beteiligten Ressorts haben die Erfassungsbögen dazu beigetragen, sich auf die Gespräche zielgerichteter und effizienter vorbereiten zu können. Zudem ermöglicht die einheitliche Struktur, die Gesprächsergebnisse besser nachzuhalten.

Nach Prüfung der Berichte und Vorschläge der RWK durch die Ressorts hat die IMAG zwischen dem 31. August und dem 07. Oktober 2009 mit allen 15 RWK Gespräche geführt. Die RWK waren bei allen Gesprächen durch ihre Oberbürgermeister/in bzw. Bürgermeister/in bzw. den Stellvertretungen und weitere Mitarbeiter/innen der Verwaltung vertreten. Zum Teil waren auch Unternehmer/innen, Vertreter/innen von Bildungseinrichtungen oder Beratungsbüros bei den Gesprächen zugegen.

Auch 2009 wurden die Gespräche sehr offen und zielgerichtet geführt. Erreichte Erfolge wurden ebenso wie Probleme ausführlich diskutiert. Die Diskussionen zu den Entwicklungen der RWK im vergangenen Jahr schlossen Einschätzungen zu den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise auf die Unternehmen und die Wirtschaftsstrukturen mit ein.

III. Wesentliche Inhalte der RWK-Gespräche

Allgemeine Einschätzungen des RWK-Prozesses

Die IMAG hat in den Gesprächen daran erinnert, dass der RWK-Prozess eines der zentralen Vorhaben der Landesregierung der zu Ende gehenden Legislaturperiode war. Ohne den Ergebnissen der laufenden Evaluation vorgeifen zu wollen, haben alle RWK bestätigt, dass die Neuausrichtung der Förderpolitik maßgeblich zu einer positiven Grundstimmung im Land beigetragen hat. Städte und Gemeinden, die den Status eines RWK erhalten haben, haben in den vergangenen Jahren immer besser ihre Stärken identifiziert und versuchen diese zu nutzen und weiter zu stärken. Dieser Effekt ist allerdings nicht nur auf die RWK begrenzt. Auch Städte und Gemeinden außerhalb der RWK haben sich an dem Prozess orientiert und eigene Initiativen entfaltet und mit der darauf basierenden positiven Entwicklung mit dazu

beigetragen, das Bild des Landes Brandenburg nach außen deutlich zu verbessern. Diese gute Entwicklung ist maßgeblich auf die Arbeit der regionalen Akteure zurückzuführen.

Wirtschaftliche Entwicklungen in den RWK

Die Oberbürgermeister/Innen und Bürgermeister/Innen haben jeweils zu Beginn der Gespräche zur allgemeinen Entwicklung in den RWK im vergangenen Jahr berichtet. Die Darstellung erfolgte durch die einzelnen RWK in unterschiedlicher Ausführlichkeit und Tiefe. Während einzelne RWK wie Fürstenwalde oder Luckenwalde auf der Grundlage vorhandener Datensätze sehr fundiert die Entwicklung dargestellt haben, sind diese Darstellungen bei anderen RWK doch sehr allgemein geblieben. Die IMAG wird deshalb bei zukünftigen Gesprächen die RWK bereits im Vorfeld bitten, die allgemeine Darstellung durch konkretes Zahlenmaterial zu untersetzen. Tendenziell wurde zudem deutlich, dass die RWK die Festlegung bestimmter Branchenkompetenzfelder für einzelne RWK eher kritisch sehen und es begrüßen würden, wenn in den RWK grundsätzlich alle Branchenkompetenzfelder gelten würden.

Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise

Innerhalb der allgemeinen Darstellungen haben sich die Oberbürgermeister/Innen und Bürgermeister/Innen der RWK auch zu den Wirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise geäußert. Dabei ist sehr differenziert bewertet worden. Insbesondere in den RWK, in denen Unternehmen aus besonders von der Krise betroffenen Branchen vorhanden sind, sind bereits jetzt erhebliche, insbesondere finanzielle Auswirkungen zu spüren. Andere, insbesondere kleinere RWK mit einer breiter diversifizierten Wirtschaftsstruktur haben berichtet, dass Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise nur wenig zu spüren sind. Bestätigt hat sich auch, dass das größte Infrastrukturvorhaben in Ostdeutschland - der Flughafen Berlin Brandenburg International - bereits jetzt stabilisierend und in Teilen auch schon Wachstum fördernd und Beschäftigung sichernd wirkt. Eine deutliche Zunahme von Unternehmensinsolvenzen ist bis zu den Gesprächen nicht erkennbar gewesen. Auch die Arbeitsmarktsituation hat sich in den RWK – wie in Brandenburg insgesamt – nicht signifikant verschlechtert. Nahezu alle RWK haben bestätigt, dass die nicht zuletzt im Rahmen des RWK-Prozesses, aber auch mit Unterstützung durch die verschiedenen Förderansätze der Fachressorts gebildeten regionalen und lokalen Netzwerke sich als wichtiges Instrument beim Krisenmanagement bewährt haben. Mit den Netzwerken gebe es eingespielte Kommunikationswege, die kurzfristig aktiviert werden können und alle notwendigen Partner rasch handeln lassen. Zudem hätten die gebildeten Netzwerke das gegenseitige Vertrauen gestärkt.

Umsetzung der Konjunkturpakete

Im vergangenen Jahr konnte eine Reihe von Vorhaben, die seitens der Landesregierung als prioritär eingestuft worden waren, deren Gesamtfinanzierung aber nicht gesichert war, mit Mitteln der Konjunkturpakete der Bundesregierung begonnen werden. Gerade diese schon gut vorbereiteten aber noch nicht finanziell abgesicherten Maßnahmen haben dazu beigetragen, dass Brandenburg bei der Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes im Bundesvergleich gut dasteht.

Verzahnung RWK- und INSEK-Prozess

Insgesamt haben die RWK bestätigt, dass der RWK-Prozess weiter vorangekommen ist. So gelingt etwa die von den RWK in der Vergangenheit verschiedentlich kritisierte Verzahnung mit dem INSEK-Prozess nach anfänglichen Schwierigkeiten immer besser. Aus Sicht der IMAG ist die Verzahnung von RWK- und INSEK-Prozess gerade für die Außenwahrnehmung besonders wichtig. Auch wenn der RWK-Prozess und der INSEK-Prozess unterschiedliche Schwerpunkte haben, bleibt das übergeordnete Ziel, die Standorte integriert zu entwickeln.

Fachkräftesicherung

Die IMAG hat in den Gesprächen mit den RWK erneut auf die Bedeutung, den Fachkräftebedarf zu sichern, hingewiesen. Initiativen zur Fachkräftesicherung werden inzwischen in nahezu allen RWK in der Regel in guter Qualität fortlaufend umgesetzt. Bei einem Großteil der Maßnahmen kommen dabei Mittel aus dem ESF zum Einsatz. Die IMAG hat in den Gesprächen mit den RWK deutlich gemacht, dass es in Anbetracht des vielfach real vorhandenen Fachkräftebedarfs zunehmend bedeutsam wird, die einzelnen Aktivitäten zur Fachkräftesicherung stärker zu systematisieren und zu bündeln. So richtig und vielversprechend einzelne Aktivitäten durchaus sein können, müssen sie doch immer stärker strategisch ausgerichtet werden. Die IMAG hat deshalb einer Reihe von RWK empfohlen, die bisherigen Einzelaktivitäten stärker zu bündeln und unter ein strategisches Dach zu stellen. Die IMAG hat zudem darauf hingewiesen, dass neben der beruflichen Ausbildung in den bekannten Ausbildungsberufen auch die Fachkräftesicherung in akademischen Berufen von den RWK stärker in den Fokus genommen werden muss. Mit ihren Aktivitäten sollten die RWK mit zu einer Erhöhung der Studienanfängerquote und zu einer Intensivierung der Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft beitragen.

Projekt „Erhöhung der Wirksamkeit von EFRE-Interventionen in den RWK“ (EFRE-TH)

Das Ministerium für Wirtschaft hat Hinweise der RWK aufgenommen und im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung mit Mitteln der Technischen Hilfe des EFRE ein neues Unterstützungsinstrument für die RWK geschaffen (Projekt „Erhöhung der Wirksamkeit von EFRE-Interventionen in den RWK“). Das Projekt soll die „Entwicklung von unten“ stärken. Die Maßnahmen zielen auf vier Themenfelder: Konzeption und Strategie, Kommunikation und Kooperation, Management sowie Standortmarketing.

Die RWK haben das alleinige Vorschlagsrecht für Einzelmaßnahmen. Am 1. November 2009 waren insgesamt 17 Einzelmaßnahmen in der Realisierung oder schon abgeschlossen. Diese verteilen sich auf 12 RWK. Weitere neun Maßnahmen befanden sich im Antrags- oder Prüfverfahren, darunter auch Vorschläge der drei RWK ohne Maßnahmen im Realisierungsstadium. Zusätzlich wurden zwei sich an alle RWK richtende Vorhaben auf den Weg gebracht: Zum einen läuft seit Juni 2009 das Vorhaben „Stärkung der Regionalen Wachstumskerne durch Unterstützung der kommunalen Wirtschaftsförderungen (UKW)“. Zum anderen wurde Ende Oktober 2009 eine Maßnahme „Öffentlichkeitsarbeit für starke Standorte - Einbindung von Unternehmen, Multiplikatoren und Bevölkerung in den Wachstumskern-Prozess“ ausgeschrieben. Das Gesamtprojekt läuft bis zum 31. Dezember 2010.

GRW-Regionalbudget

Neben dem EFRE-TH-Projekt hat das Ministerium für Wirtschaft auch den neu in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW)“ aufgenommen Fördertatbestand „GRW-Regionalbudget“ genutzt, um in den Wachstumskernen die Entwicklung von unten zu stärken. Seit April 2009 gibt es für einen RWK und den ihn umgebenden/angrenzenden Landkreis ein Regionalbudget in Höhe von max. 150.000 Euro jährlich. Die Laufzeit der Vorhaben kann bis zu drei Jahren betragen. Antragsberechtigt sind die RWK.

Mit dem GRW-Regionalbudget können Projekte zur Stärkung regionsinterner Kräfte, Verbesserung der regionalen Kooperation, Mobilisierung regionaler Wachstumspotenziale und Initiierung regionaler Wachstumsprozesse oder Verstärkung von Maßnahmen des Regionalmarketings durchgeführt werden. Über das Regionalbudget soll auch die Umlandfunktion der Regionalen Wachstumskerne sowie die Zusammenarbeit zwischen Wachstumskernen und Landkreisen gestärkt werden.

Prozessevaluation

Die positive Entwicklung bestätigt auch der Endbericht der Prognos AG zur Prozessevaluation. Über die Ergebnisse hat die IMAG das Kabinett am 16. Juni 2009 unterrichtet. Der Bericht der IMAG zu den Ergebnissen der Prozessevaluation ist auf der Homepage der Staatskanzlei veröffentlicht worden. Allen

Oberbürgermeister/Innen und Bürgermeister/Innen ist die vollständige Fassung zur Verfügung gestellt worden. Die IMAG hat sich entschieden, im Ergebnis der Prozessevaluation zunächst zwei Vorschläge der Prognos AG aufzugreifen. Dies betrifft zum einen die schon erwähnte Einführung der Erfassungsbögen für die einzelnen Vorhaben. Zum anderen ist in Zusammenarbeit mit den RWK der Internetauftritt auf der Homepage der Staatskanzlei grundlegend überarbeitet und stark erweitert worden. Der RWK-Prozess ist damit für die Öffentlichkeit transparenter und nachvollziehbarer geworden. Durch die Verlinkung mit dem Internetauftritt der ZAB wird es auch für potentielle Investoren einfacher, die Logik und die Chancen der Neuausrichtung der Förderpolitik der Landesregierung nachvollziehen zu können. Die RWK haben diese Einschätzung der IMAG bestätigt. Weitere Vorschläge der Prognos AG, insbesondere den Auftrag der IMAG betreffend, wird die IMAG ggf. im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Evaluation der RWK aufgreifen.

Evaluation der Ergebnisse der Neuausrichtung der Förderpolitik auf RWK

Die RWK sind durch die IMAG auch über den Stand der Vorbereitung der Evaluation der RWK informiert worden. Allen Oberbürgermeister/Innen und Bürgermeister/Innen ist die dem Vergabeverfahren zugrunde liegende Leistungsbeschreibung zugesandt worden. Am 06. Oktober 2009 ist auf Grundlage der Entscheidung des Auswahlgremiums der Zuschlag für die Evaluation erteilt worden. Demnach wird die Evaluation durch das Unternehmen Regionomica GmbH (mit Ernst Basler + Partner als Unterauftragnehmer) durchgeführt. In die Evaluation werden dem Beschluss des Landtags vom 24. Januar 2008 entsprechend auch Standorte außerhalb der RWK einbezogen. Als nachvollziehbares und klares Kriterium für die Festlegung der anderen Standorte hat sich die IMAG entschieden, alle Standorte außerhalb der RWK mit mindestens 15.000 Einwohner/Innen in die Evaluation einzubeziehen. Damit sind die 15 RWK und 22 weitere Städte Gegenstand der laufenden Evaluation. Gegenüber den Standorten außerhalb der RWK ist deutlich gemacht worden, dass die Einbeziehung in die Evaluation nicht gleichbedeutend mit einer bevorstehenden Anerkennung als RWK ist. Dies gilt umso mehr, als die IMAG derzeit keine Anhaltspunkte sieht, die für eine Änderung der Kriterien für die Benennung von RWK (überdurchschnittliche wirtschaftliche und wissenschaftliche Potentiale, mindestens ein Ort im RWK mit mindestens 20.000 Einwohnern) sprechen. Die IMAG hat ein erstes Gespräch mit den Evaluatoren geführt. Zudem ist ein Auftaktworkshop zur Konzeption und Vorgehensweise bei der Evaluation unter Beteiligung der RWK in Vorbereitung. Die IMAG geht derzeit davon aus, dass die Evaluation im Herbst 2010 abgeschlossen werden kann. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Evaluation sollte in einem transparenten Verfahren ein Vorschlag entwickelt werden, welche Städte und Gemeinden den Status eines RWK be- bzw. erhalten.

III. In der Wachstumskernrunde 2009 aufgerufene Maßnahmen

1. Sachstand zu den seit 2005 vom Kabinett beschlossenen Maßnahmen

Das Kabinett hat seit 2005 100 Maßnahmen für die RWK beschlossen. Eine Reihe von Maßnahmen ist inzwischen abgeschlossen, von etlichen noch nicht abgeschlossenen Maßnahmen wurden Teilmaßnahmen bereits realisiert. Anlage 1 gibt einen Überblick über die jeweiligen Sachstände. Nicht mehr aufgeführt sind 13 Maßnahmen, die bereits in den Vorjahren abgeschlossen wurden.

In den Gesprächen zwischen IMAG und RWK wurde deutlich, dass die Umsetzung der vom Kabinett beschlossenen Maßnahmen sowie der Prioritäten durch die Ressorts und die Bewilligungsbehörden von zentraler Bedeutung für das Gelingen des Prozesses und nicht zuletzt für die öffentliche Wahrnehmung ist. Nach Auffassung der IMAG sind hierfür sowohl die RWK selbst als auch die Ressorts und Bewilligungsstellen verantwortlich.

In den Gesprächsrunden mit den RWK wurde auch deutlich, dass sich wiederum bei einzelnen Maßnahmen, die bereits vom Kabinett beschlossen waren, die Rahmenbedingungen grundlegend geändert haben oder die Maßnahmen vom RWK selbst derzeit nicht mehr weiter verfolgt werden. Die entsprechenden Maßnahmen sind deshalb neu zugeordnet worden bzw. ganz entfallen. Nach Klärung notwendiger Fragen werden die Maßnahmen dem Kabinett ggf. erneut zur Entscheidung vorgelegt.

a) Abgeschlossene Maßnahmen

Eine Maßnahme gilt als abgeschlossen, wenn das Vorhaben vollständig realisiert wurde. Bereits abgeschlossen werden konnten demnach von Ende 2008 bis Oktober 2009 13 weitere Maßnahmen.

b) Maßnahmen, die sich in der Umsetzung befinden

Alle vom Kabinett als prioritär beschlossenen und noch nicht abgeschlossenen Maßnahmen befinden sich – mit Ausnahme der o. g. Maßnahmen, bei denen eine grundlegende Änderung der Rahmenbedingungen eingetreten ist – derzeit in der Umsetzung. Umsetzung kann dabei heißen, dass planungsrechtliche Voraussetzungen geschaffen werden, Antragsverfahren laufen oder die physische Realisierung (z.B. Baubeginn) begonnen hat. Initiativen zur Fachkräftesicherung werden auch weiterhin grundsätzlich als laufende Prozesse verstanden, bei denen ein formaler Abschluss nicht eintritt. Diese Maßnahmen werden daher immer als „in Umsetzung“ kategorisiert.

2. Neue prioritäre Maßnahmen

Prioritäre Maßnahmen sind klar umrissene Maßnahmen, die für die wirtschaftliche oder wissenschaftliche Entwicklung des RWK wichtig und relativ kurzfristig umsetzbar sind. Dabei wurde den RWK verdeutlicht, dass eine Beschlussfassung durch das Kabinett bedeutet, dass für diese Maßnahmen eine grundsätzliche Unterstützung der Landesregierung zugesagt wird (politische Absichtserklärung). Nach der grundsätzlichen Befürwortung einer Maßnahme durch das Kabinett muss diese in Zusammenarbeit zwischen RWK und dem zuständigen Ressort umgesetzt werden. Der Kabinettsbeschluss ersetzt keinen Förderbescheid, vielmehr müssen die zuwendungsrechtlichen Voraussetzungen im Detail noch geprüft werden.

Ein Großteil der RWK hat auch 2009 neue Maßnahmen vorgeschlagen. Insgesamt sind durch die RWK 24 neue Maßnahmen vorgetragen und mit der IMAG besprochen worden. Die nach wie vor hohe Zahl neuer Maßnahmevorschläge zeigt, dass in den RWK weiterhin konkrete Projekte erarbeitet werden, für deren Umsetzung die RWK eine Unterstützung durch die Landesregierung anstreben. Die IMAG hat gegenüber den RWK nochmals klargestellt, dass die Zahl neu vorgeschlagener Maßnahmen seitens der IMAG nicht als Qualitätskriterium angesehen wird.

Die IMAG empfiehlt dem Kabinett 2009 für zehn RWK jeweils zwischen einer und fünf prioritären Maßnahmen neu festzulegen. Anlage 2 gibt hierüber einen Überblick. Alle Maßnahmen sind – wie gefordert – aus den jeweiligen – nur in wenigen Fällen überarbeiteten – Standortentwicklungskonzepten der RWK abgeleitet. Bei allen neuen prioritären Maßnahmen besteht – wie in den Vorjahren – ein Haushaltsvorbehalt.

Die Gespräche zwischen IMAG und RWK haben gezeigt, dass einige Maßnahmen, die in den Vorjahren in der Kategorie „Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf“ enthalten waren, im Jahresverlauf durch gemeinsame Aktivitäten des RWK und der betroffenen Ressorts weit vorangebracht wurden. Im Ergebnis liegen für einige Maßnahmen inzwischen Zuwendungsbescheide vor oder die Umsetzung der Maßnahmen hat bereits begonnen. Dies trifft zum Beispiel auf die Maßnahmen Hafen und Hafenbrücke Wittenberge (RWK Prignitz), den Wasserwanderliegeplatz Sonnenufer in Neuruppin oder die verbesserte Schwerlastanbindung für Industrieansiedlungen im Stadtteil Lauchhammer-Ost (RWK Westlausitz) zu. Dieses Ergebnis zeigt einerseits die kontinuierliche Umsetzung des RWK-Prozesses in allen beteiligten

Ressorts. Andererseits ist es auch ein Beleg dafür, dass die Neuausrichtung der Förderpolitik in Brandenburg durch alle Akteure getragen wird. Für die IMAG ist es daher konsequent, auch solche Maßnahmen dem Kabinett als prioritäre Maßnahmen vorzuschlagen.

3. Maßnahmen mit Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf

Maßnahmen mit Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf sind Maßnahmen, die wirtschaftlich oder wissenschaftlich bedeutsam sein können, die teilweise innovative Ansätze aufweisen, die aber noch nicht so konkret untersetzt sind, dass bereits jetzt über eine Förderung entschieden werden könnte bzw. eine Förderung zum jetzigen Zeitpunkt abgelehnt werden müsste, weil die Maßnahme im gegenwärtigen Stadium nicht förderfähig wäre. Die RWK haben sich in den Gesprächen mit der IMAG bereit erklärt, dem überwiegend in ihrer Zuständigkeit liegenden Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf nachzukommen. Die Erfahrung gerade des vergangenen Jahres zeigt, dass Prüfung und Konkretisierung dabei aber immer stärker als Dialog zwischen den RWK und den jeweils betroffenen Ressorts bzw. dem dafür eingesetzten Dienstleister verstanden wird. Die IMAG hat gleichwohl in allen Gesprächen mit den RWK darauf hingewiesen, dass die eigentliche Prüfung und Konkretisierung Aufgabe des RWK ist. Die Initiative muss also, soweit dies nicht explizit anders festgelegt wurde, immer vom RWK ausgehen.

Für fast alle RWK wurden zahlreiche Maßnahmen mit Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf aufgenommen. Hierzu gibt die Anlage 3 einen Überblick. Dabei werden auch die Maßnahmen mit Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf erwähnt, die bereits in den Vorjahren in diese Kategorie eingestuft wurden, soweit der RWK diese Maßnahmen weiter verfolgt und auch weiterhin Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf besteht. Hinzuweisen ist darauf, dass auch nach hinreichender Konkretisierung von Projekten mit Prüfbedarf diese im Lichte der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bewertet werden müssen. Die RWK müssen daher klare Prioritäten bei den Projekten setzen.

Zwischen der IMAG und den RWK sind auch einzelne Maßnahmen besprochen worden, die seitens der IMAG als nicht prioritär für die wirtschaftliche Entwicklung des RWK, nicht förderfähig oder nicht finanzierbar angesehen wurden. Gemeinsam mit dem jeweiligen RWK ist in diesen Fällen entschieden worden, einzelne vorgeschlagene Maßnahmen nicht weiter zu verfolgen.